

Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.

Französische Straße 9-12

10117 Berlin

Berlin, den 20. Juli 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

ihr Fragen beantworte ich wie folgt:

**Frage 1: Abschaffung der steuerfinanzierten Altersentschädigung von Abgeordneten und an Stelle dessen einer erhöhten Abgeordnetenentschädigung**

Für eine Veränderung des Abgeordnetengesetzes dergestalt, dass keine steuerfinanzierte Altersentschädigung mehr erworben wird, würde ich mich einsetzen. Ich bin aber gegen die von ihnen vorgeschlagene Neuregelung. Eine umfassende Neuregelung der Abgeordneten-Entschädigung ist nötig, allerdings sollten die Abgeordnete endlich selbst zu ihrer Altersversorgung beitragen, am besten in dem sie in die gesetzlichen Rentenversicherung einzahlen. Eine Erhöhungen der Diäten lehne ich ab. In Zeiten, in denen Reallöhne und Renten sinken ist dies mehr als unpassend. Vor diesem Hintergrund lehne ich eine erhöhte Abgeordnetenentschädigung zur individuellen Altersvorsorge lehnen ab.

**Frage 2 zur Abschaffung des Solidarzuschlages**

NEIN, aber es wäre aus meiner Sicht möglich, den Solidaritätszuschlag abzusenken, um die Bürger zu entlasten, und gleichzeitig den Solidarpakt langsamer als geplant abzusenken. Damit wäre Ost und West geholfen. Ein Ausgleich für eine Absenkung wäre unter anderem durch eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer möglich. So könnte der Solidaritätszuschlag schrittweise um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr abgesenkt werden, ohne dass ein Schaden entsteht.

Mit freundlichen Grüßen

Halina Wawzyniak

DIE LINKE, Direktkandidatin im WK 84 und auf der Landesliste Berlin Platz 5